

## Pressemitteilung

### **Offizielle Übergabe des Offenen Briefes „Der Bund hat eine Pflicht zur Kolonialismus-Erinnerung“ im Bundestag**

**Berlin, 19. Mai 2026** – Eine Delegation von Organisationen der afrikanischen, asiatischen und Schwarzen Communitys sowie Akteur\*innen der Kolonialismus-Aufarbeitung hat gestern im Deutschen Bundestag den Offenen Brief „**Der Bund hat eine Pflicht zur Kolonialismus-Erinnerung**“ an den Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien **Sven Lehmann MdB (Bündnis 90/Die Grünen)** und **Awet Tesfaiesus (Bündnis 90/ Die Grünen)** übergeben.

Mit der Übergabe machten die Unterzeichner\*innen deutlich: Die Erinnerung an koloniales Unrecht darf nicht länger nur von zivilgesellschaftlichen Akteuren projektbasiert angestoßen und umgesetzt werden. Der Bund muss seiner historischen Verantwortung gerecht werden und Kolonialismus-Erinnerung dauerhaft, strukturell und finanziell verankern.

Der Offene Brief (Erstveröffentlichung 16.12.2025) reagiert auf die vom Bundeskabinett am 12. November 2025 beschlossene novellierte Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Diese schreibt die Förderung von Gedenkstätten und Projekten zur Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur fort, sieht jedoch keine Maßnahmen zur Förderung der Auseinandersetzung mit kolonialem Unrecht und dessen Folgen / Erinnerung an kolonialem Unrecht und dessen Folgen vor.

Zu den Erstunterzeichner\*innen des Offenen Briefes gehören **78 bundesweite Initiativen und Organisationen und 141 Einzelpersonen**. Über **300 weitere Persönlichkeiten** aus Wissenschaft, Kultur und Erinnerungsarbeit haben den Brief mitgezeichnet, weitere Unterstützer\*innen kommen laufend hinzu.

Die unterzeichnenden Organisationen begrüßen die Fortschreibung der Erinnerungsarbeit zu NS-Terrorherrschaft und SED-Unrecht. Zugleich kritisieren sie, dass Kolonialismus als Teil deutscher Gewaltgeschichte weiterhin nicht in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen wurde. Kolonialismus war ein staatlich verübtes Unrecht. Deshalb trägt auch der Bund Verantwortung für dessen Erinnerung, Aufarbeitung und Vermittlung.

*„Heute haben wir deutlich gemacht, dass koloniales Unrecht kein Randthema der Erinnerungskultur sein darf. Kolonialismus bedeutete die vom deutschen Staat ausgegangene, systematische Entrechtung von (Millionen) Menschen auf dem afrikanischen Kontinent, in Asien und im Pazifik. Er bedeutete sowohl alltägliche Gewalt als auch Massenverbrechen und wirkt bis heute in globalen Strukturen ökonomischer Ungleichheit sowie in Rassismus fort. Dem Bund kommt die politische und historische Verantwortung zu, für die Auseinandersetzung mit diesem staatlichen Unrecht Mittel zur Verfügung zu stellen.“*

**Manuela Bauche, Historikerin und bei Decolonize Berlin e.V. engagiert**

Die Unterzeichner\*innen fordern vom Bund unter anderem ausreichende Mittel für Kolonialismus-Erinnerung, dauerhafte und adäquate Förderstrukturen, die Finanzierung von Lern- und Gedenkorten sowie die umgehende Entwicklung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes zu kolonialem Unrecht – unter verbindlicher Einbindung der betroffenen Communitys.

Besonders kritisch sehen die Unterzeichner\*innen, dass die Entscheidung gegen die Aufnahme kolonialer Erinnerungsarbeit ohne angemessene Anhörung der in diesem Bereich aktiven Organisationen und Community-Strukturen erfolgt ist. Dabei wird die Erinnerung an

Kolonialismus seit Jahrzehnten maßgeblich von zivilgesellschaftlichen, migrantischen, afrikanischen, asiatischen und Schwarzen Initiativen getragen.

*„Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit darf nicht ausschließlich auf institutioneller Ebene stattfinden. Communities, die die historischen und gegenwärtigen Auswirkungen kolonialer Kontinuitäten erfahren, müssen als zentrale Akteure der Erinnerungskultur anerkannt und aktiv beteiligt werden.“*

**Akinola Famson, Vorstandsmitglied Afrika-Rat - Dachverband afrikanischer Vereine und Initiativen Berlin-Brandenburg e.V.**

*„Aufbauend auf den langjährigen dekolonialen Initiativen aus den Schwarzen und afrodiatorischen Communities findet seit einigen Jahren eine regelmäßige Vernetzung mit Akteur\*innen aus den Asiatischen Communities statt. Diese Cross-Community-Kollaborationen sind wichtig, um eine multi-perspektivische Auseinandersetzung und Aufarbeitung des Kolonialismus und seinen Kontinuitäten zu befördern. Staatliche Verantwortung übernehmen bedeutet, die bislang mühsam aufgebauten Strukturen und Räume im Feld Kolonialismus nicht anhand von kurzfristigen Projektlogiken abzureissen, sondern auszubauen und zu verstetigen.“*

**Jee-Un Kim, Geschäftsleitung des Vereins korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.**

Die heutige Übergabe im Bundestag ist aus Sicht der Unterzeichner\*innen ein wichtiger Schritt, um die Forderungen nach einer bundesweiten, dauerhaft finanzierten und community-basierten Kolonialismus-Erinnerung erneut in die parlamentarische Debatte einzubringen. Entscheidend sei nun, dass aus der politischen Kenntnisnahme konkrete Maßnahmen folgen.

**Pressekontakt für Nachfragen:** Tahir Della, Vorstandsmitglied von Decolonize Berlin e.V. für die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland

erreichbar unter [tahirdella@isdonline.de](mailto:tahirdella@isdonline.de) und 01525 4217327